

TOP 8.1 Anlage 1

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft

18. Wahlperiode

Drucksache 18/

Datum

Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Inneres und Sport

Antrag der Fraktion der CDU „Sicherheit in Bremen-Nord verbessern“ (Drs. 18/606S)

I. Bericht der städtischen Deputation für Inneres und Sport

Die Fraktion der CDU hat am 28.08.2014 den Antrag „Sicherheit in Bremen-Nord verbessern“ (Drucksache: 18/606S) in der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) gestellt:

„In Bremen-Nord kommt es immer wieder zu Vorfällen, die das Sicherheitsgefühl der Bürger stark beeinträchtigen. Selbst wenn statistisch die Anzahl der bekanntgewordenen Straftaten sinkt, bedeutet dies nicht zeitgleich, dass sich die Bürger in ihrem Umfeld sicher fühlen. Teilweise haben sie Angst, zur dunkeln Tageszeit ihre Wohnungen und Häuser zu verlassen, meiden bestimmte Orte und fühlen sich schnell in ihrer Sicherheit beeinträchtigt.

Gerade solche Vorfälle wie nach dem Finale der Fußballweltmeisterschaft, wo wahllos vorwiegend jugendliche und heranwachsende Täter eine Gaststätte attackieren, in der sich Bürger aufhalten und friedlich den Gewinn des WM-Titels durch die Deutsche Fußballnationalmannschaft feiern, zeigen, dass es in Bremen-Nord eines ressortübergreifenden Handlungsansatzes bedarf, um die strukturell vorhandenen Probleme zu lösen.

Genauso erschreckend für die Bürger in Bremen-Nord ist es, wenn am gleichen Abend eine Gruppe junger Männer zwei Polizeiwagen samt der darin befindlichen Polizeibeamten angreift, dabei unter anderem die Heckscheibe einschlägt, die Beifahrertür aufreißt und versucht das Fahrzeug umzukippen.

Der Staat darf sich nicht zurückziehen, nicht vor dem Mob fliehen und rechtsfreie Räume zurücklassen. Dadurch entsteht ein Respektsverlust der Täter gegenüber dem Staat und den Polizeibeamten, und die Bürger verlieren ihr Vertrauen auf den Bestand der öffentlichen Sicherheit, deren Gewährleistung einer der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates ist.

Gelingt dem Staat dies nicht, kommt es immer wieder zu offenen Auseinandersetzungen, die auf den Bremer Straßen ausgetragen werden. Dabei geraten beispielsweise zwei Großfamilien in eine Schlägerei, an der sich letztendlich 50 Personen beteiligen und teilweise mit Messern aufeinander einstechen. Die vor Ort befindliche Polizei kann diese Auseinandersetzung mangels ausreichender Personal- und Materialausstattung nicht verhindern und wird selbst angegriffen. Erst nachdem weitere unterstützende Kräfte,

unter anderem aus Niedersachsen, am Einsatzort eintreffen, gelingt es, die Situation wieder unter Kontrolle bringen.

Unsere Polizeibeamten können für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine besondere Wertschätzung und Respekt erwarten; häufig ist jedoch das Gegenteil der Fall. Die Polizeibeamten sehen sich Gewalt und massiven Beleidigungen ausgesetzt. Die Polizei benötigt neben der Verankerung in der Mitte der Gesellschaft und der Rückendeckung der Justiz jedoch auch die Anerkennung und den Rückhalt der Politik, die leider zu oft fehlen.

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) fordert den Senat auf,

1. das erarbeitete Sicherheitskonzept für Bremen-Nord endlich umzusetzen,
2. ein funktionierendes ressortübergreifendes Handlungskonzept für Bremen-Nord zu entwickeln, um die strukturell vorhandenen Probleme in den Stadtteilen zu lösen,
3. an kriminellen Brennpunkten eine Videoüberwachung einzuführen,
4. eine ausreichende Anzahl von Polizeibeamten in Bremen-Nord vorzuhalten,
5. zur Bekämpfung von einzelnen Deliktfeldern langfristig ein Schwerpunktteam in Bremen-Nord einzusetzen und
6. Straftaten schneller und konsequenter als bisher zu verfolgen und zu ahnden.“

**Bericht der städtischen Deputation für Inneres und Sport
zum Antrag der Fraktion der CDU "Sicherheit in Bremen-Nord verbessern"
(Drucksache 18/606S)**

1. Polizeiliche Lage und Sicherheitskonzept für Bremen-Nord

Betrachtet man die allgemeine Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Nord, so ist die Anzahl der Straftaten in den letzten 5 Jahren insgesamt rückläufig und lag bis zum Berichtszeitpunkt (30.09.2014) bei 7.387 (Okt 2013 – Sep 2014).

Straftaten gesamt	Okt 13 – Sep 14	Okt 12 – Sep 13	Entwicklung
PI Nord	7.387	7.750	-4.7 %
Lesum	2.196	2.178	0.8 %
Veegesack	3.168	3.255	-2.7 %
Blumenthal	2.023	2.317	-12.7 %

Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den Betrachtungszeitraum Oktober 2012 bis September 2013 im Vergleich zum Oktober 2013 bis September 2014. Tendenziell kann gesagt werden, dass die Straftaten über den Betrachtungszeitraum hinaus rückläufig sind. Eine Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2014 erfolgt jedoch erst im Frühjahr 2015.

Im Folgenden werden die Fallzahlen in den Hauptdeliktsfeldern Körperverletzung, Raub, Wohnungseinbruchdiebstahl, Diebstahl in/ aus Kfz, Sachbeschädigung und Rauschgiftdelikte aufgezeigt. Betrachtet man die spezifischen Deliktsfelder, dann zeichnet sich folgende Kriminalitätsentwicklung ab:

Körperverletzung	Okt 13 – Sep 14	Okt 12 – Sep 13	Entwicklung
PI Nord	733	839	-12.6
Lesum	199	237	-16.0
Veegesack	294	314	-6.4
Blumenthal	240	288	-16.7

Raub	Okt 13 – Sep 14	Okt 12 – Sep 13	Entwicklung
PI Nord	99	103	-3.9
Lesum	35	31	12.9
Veegesack	46	36	27.8
Blumenthal	18	36	-50.0

Wohnungseinbruchdiebstahl	Okt 13 – Sep 14	Okt 12 – Sep 13	Entwicklung
PI Nord	406	395	2.8
Lesum	136	161	-15.5
Veegesack	108	96	12.5

Blumenthal	162	138	17.4
-------------------	-----	-----	------

Tageswohnungseinbruch	Okt 13 – Sep 14	Okt 12 – Sep 13	Entwicklung
PI Nord	143	165	-13.3
Lesum	42	70	-40.0
Vegesack	35	37	-5.4
Blumenthal	66	58	13.8

Diebstahl in/aus Kfz	Okt 13 – Sep 14	Okt 12 – Sep 13	Entwicklung
PI Nord	253	303	-16.5
Lesum	89	89	0.0
Vegesack	106	133	-20.3
Blumenthal	58	81	-28.4

Sachbeschädigung	Okt 13 – Sep 14	Okt 12 – Sep 13	Entwicklung
PI Nord	673	568	18.5
Lesum	209	168	24.4
Vegesack	238	193	23.3
Blumenthal	226	207	9.2

BtM-Delikte	Okt 13 – Sep 14	Okt 12 – Sep 13	Entwicklung
PI Nord	350	328	3.6
Lesum	136	89	52.8
Vegesack	102	144	-29.2
Blumenthal	112	105	6.7

Die Maßnahmen der Polizei Bremen in Bremen-Nord richten sich konsequent an der objektiven Sicherheitslage und dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aus. Dabei setzt sie auf erfolgversprechende Konzepte, die in die Strategien und Konzepte der Polizei Bremen eingebettet sind.

Einzelne herausragend kriminalitäts- und unordnungsbelastete Bereiche prägen die Kriminalitätslage und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Zur Entschärfung dieser Brennpunkte werden bestehende spezifische Konzepte weiter umgesetzt bzw. entwickelt.

Im weiteren Verlauf sollen die folgenden regionalen Brennpunkte betrachtet werden:

- Bahnhof Burg
- Helsingborger Platz
- Vegesacker Bahnhof
- Aumunder Heerweg, Lindenstraße und Umgebung
- Grohner Düne
- Lüssumer Heide
- George-Albrecht-Straße und Umfeld

- Rekumer Straße 12

Die Ursachen für die Unordnungs- und Kriminalitätsphänomene an diesen Brennpunkten sind vielfältig. Bei Hinweisen erfolgen abgestimmte Interventionsmaßnahmen verschiedener Behörden und weiterer Akteure. Zur Lösung dieser multikausalen Problemlagen bringt sich die Polizei in Bremen-Nord aktiv und kompetent in das bestehende Netzwerk ein. Die Erkenntnisse aus den regelmäßig stattfindenden Runden Tischen nutzt die Polizei zur Planung ihrer operativen Maßnahmen, Ermittlungsmaßnahmen, Präventionsmaßnahmen sowie für ihre Öffentlichkeitsarbeit.

Für alle genannten Brennpunkte wurden nach Beratung in interdisziplinären Arbeitsgremien Einsatzanordnungen getroffen.

Bahnhof Burg

Im Bereich des Bahnhofs Burg werden vor allem Betäubungsmitteldelikte und Unordnungserscheinungen registriert.

In der nahegelegenen Arztpraxis werden täglich bis zu 250 Drogenabhängige substituiert. Kleine Gruppen halten sich nach der Ausgabe häufig im Bereich des Bahnhofs sowie am Burgplatz auf und konsumieren dort Alkohol. Des Weiteren wird nach wie vor dort auch für die Öffentlichkeit sichtbar gedealt, was zur Verunsicherung der Bevölkerung beiträgt.

Aus diesen Gründen sind zwei Kontaktpolizisten täglich vor Ort am Bahnhof Burg. Außerdem wurde in der Methadon-Ausgabestelle eine „KOP-Sprechstunde“ eingeführt, die von den Substituierten gut angenommen wird. Durch den Einsatz weiterer uniformierter und ziviler Streifen, der Durchführung von Kontroll- und Überprüfungsmaßnahmen sowie der konsequenten Ahndung von Rechtsverstößen, auch die Fertigung von Ordnungswidrigkeitenanzeigen, wird die Absicht verfolgt, die Begehung weiterer Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verhindern.

Zur Besprechung von aktuellen Themen, Problemen und Maßnahmen wurde ein Runder Tisch unter der Beteiligung des Ortsamtes Burglesum, der Ausgabestelle Burg, der BSAG und dem Polizeirevier Lesum sowie ansässigen Betrieben gegründet. Ein Schwerpunkt bildete in der Vergangenheit Betäubungsmittelkonsumenten-Szene im Bereich Bahnhof Burg. Ferner wurde das Projekt „Kreativwerkstatt“ umgesetzt, das die Vermittlung einer Tagesstruktur von ansonsten beschäftigungslosen Substituierten zum Ziel hat. Außerdem sind seit Februar 2014 zwei Streetworker zu verschiedenen Zeiten vor Ort.

Durch die beschriebenen Maßnahmen konnte eine Beruhigung der Lage im Bereich Bahnhof Burg erreicht werden. Diesen Zustand gilt es im Zusammenwirken mit allen Akteuren zu stabilisieren.

Helsingborger Straße/ Helsingborger Platz

Am Helsingborger Platz haben sich durch den Wegzug einzelner Ladengeschäfte in den letzten Jahren die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger deutlich verschlechtert. Beobachtungen von mutmaßlichen Drogengeschäften, und illegalen Wettgeschäften, das Aufsuchen der Ladenlokale durch ein spezielles und problematisches Besucherklientel sowie die geringe Ausleuchtung des Platzes verstärkten diese Entwicklung.

Eine Auswertung der angezeigten Straftaten in den Jahren 2011 bis 2014 ergab jedoch, dass im Bereich des Helsingborger Platzes eine vergleichsweise geringe Anzahl an Delikten der Straßenkriminalität festzustellen ist. Rauschgifthandel war bislang nur in Einzelfällen nachweisbar. Bei den festgestellten Delikten spielten jedoch die ortsansässigen Lokalitäten eine Rolle als „Rückzugsort“ für die Täter.

Daher wurden der sogenannte „Euro-Kulturverein“ und die angrenzende Gaststätte „Non Stop“ im Oktober 2013 einer eingehenden Kontrolle durch den Einsatzzug Nord der Bereitschaftspolizei unterzogen. Im „Euro-Kulturverein“ wurde ein Drogendealer mit einer größeren Menge von Betäubungsmitteln angetroffen, im „Non Stop“ wurden waffenrechtliche Verstöße aktenkundig gemacht. Daher wurden beide Lokale wenige Tage später durch das Revier Lesum und das Stadtamt Bremen (Gewerbeaufsicht) gemeinsam überprüft. Hierbei wurden in beiden Lokalen diverse ordnungsrechtliche Verstöße festgestellt, die zu erheblichen Bußgeldern führten. Kurze Zeit später wurde der „Euro-Kulturverein“ von den Betreibern geschlossen.

Der Helsingborger Platz stellt seit geraumer Zeit keinen Kriminalitätsschwerpunkt dar und erfüllt auch nicht die Voraussetzungen eines besonderen Kontrollorts.

Dennoch ist das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu beachten. Mit dem Ortsamt Burglesum wird derzeit ein Konzept zur Umwandlung und Wiederbelebung des Helsingborger Platzes geplant und erarbeitet. Dies umfasst insbesondere eine verbesserte Ausleuchtung des Platzes bei Dunkelheit.

Veogesacker Bahnhof

Der Veogesacker Bahnhofplatz ist als Verkehrsknotenpunkt des gesamten ÖPNV für Bremen-Nord eine stark frequentierte Örtlichkeit. Direkt angrenzend befinden sich die Großwohnanlage Grohner Düne, das Einkaufszentrum Haven Hööv't und das Veogesacker Hafenuartier mit diversen gastronomischen Betrieben und Veranstaltungen.

Eine offene Betäubungsmittelszene ist nicht vorhanden. Im Umfeld der Grohner Düne ist Drogenhandel, überwiegend durch junge Täter mit Migrationshintergrund, feststellbar. Die Händler halten sich zwar auch auf dem Bahnhofplatz auf. Die Geschäfte werden jedoch nicht dort getätigt, weil das Entdeckungsrisiko in der Öffentlichkeit zu groß ist. Allerdings kommen die Konsumenten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, telefonieren und vereinbaren die Übergabe, die in der Regel nicht auf dem Bahnhofplatz stattfindet.

Der an den Bahnhof angrenzende Bereich wird häufig als Veranstaltungsort für Festivitäten genutzt. Die vielfältigen Veranstaltungen und die umliegenden Gaststätten ziehen überwiegend junges und oftmals alkoholisiertes Publikum an. In mehreren Betrieben kam es des Öfteren zu körperlichen Auseinandersetzungen, die sich auf den Bereich des Bahnhofplatzes verlagerten.

Der Bahnhofplatz war bis Anfang 2014 als Gefahrenort/besonderer Kontrollort ausgewiesen. Die dort getroffenen Maßnahmen haben sich sehr positiv auf die Fallzahlen ausgewirkt, so dass ein Fortbestand nicht begründet werden konnte.

Die registrierten Straftaten auf dem Bahnhofplatz sind in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen und haben sich im Vergleich zum Jahr 2006 mehr als halbiert. Bei den erfassten Straftaten im Bereich des Vegesacker Bahnhofplatzes ist zu berücksichtigen, dass hierbei auch Fälle erfasst werden, die sich in Bussen der BSAG, in der Bahn oder in den umliegenden Geschäften/Gaststätten ereignet haben. Hinzukommt, dass Taten, die auf der Anfahrt mit dem ÖPNV ereignen, mit Tatort „Vegesacker Bahnhofplatz“ erfasst werden.

Trotz des Rückgangs der registrierten Kriminalität wird der Vegesacker Bahnhofplatz durch viele Bürger, den Medien und Teile der Ortsteilpolitik als „Angstort“ gesehen. Dieser Tatsache wird seit Juni 2012 Rechnung getragen mit der Arbeitsgruppe „Runder Tisch zur Verbesserung der Situation am Vegesacker Bahnhofplatz“. Beteiligte Behörden und Institutionen sind das Ortsamt und der Beirat Vegesack, die BSAG, das Bauamt Bremen-Nord, die SWB, die Nachtwanderer, die WFB, das Polizeirevier Vegesack, die Polizeiinspektion Bremen-Nord, der Senator für Inneres und Sport sowie Anlieger und Gewerbetreibende vom Bahnhofplatz. Die Netzwerkarbeit der genannten Akteure wirkt sich insgesamt positiv auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aus. Als konkretes Ergebnis der Arbeit dieses Runden Tisches setzt die BSAG derzeit im Rahmen der erforderlichen Umbaumaßnahmen am Vegesacker Bahnhofplatz ein Beleuchtungskonzept um, das die Vorschläge des Gremiums aufgreift. Der Runde Tisch wird die Entwicklungen am Vegesacker Bahnhofplatz weiter beobachten und bewerten.

Grohner Düne

Seit Februar 2014 ist die Grohner Düne und ihr direktes Umfeld als „besonderer Kontrollort“ ausgewiesen. Die Begründung liegt u. a. in dem wiederholt festgestellten Handel mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge. Ferner war der Wohnkomplex häufig Ausgangspunkt für organisierte Fahrraddiebstähle bis in das Bremer Umland.

Nach dem Zuzug großer Sinti- und Roma-Familien kam es insbesondere mit bereits länger ansässigen Familien arabischer Herkunft zu kleineren Auseinandersetzungen.

Grundsätzlich leben viele Menschen in der Grohner Düne in friedlichem Miteinander, jedoch birgt das Zusammenleben bestimmter unterschiedlicher Nationalitätengruppen auch ständigen latenten Zündstoff. In der Wohnanlage ist jedoch nach Konfliktsituationen bisher keine andauernde Unruhe zu erkennen. Die Bewohner finden offenbar schnell zu ihrem gewohnten Alltagsablauf zurück.

Die Grohner Düne und ihr direktes Umfeld haben bei vielen Bewohnern in Bremen-Nord und auch in der Stadt Bremen den Ruf eines Angstortes.

Auf Staatsräteebene wurde im Jahr 2013 das Projekt „ProDüne“ initiiert. Zur mittel- bis langfristigen Integration der Gruppe der Mhallamiye sollte im Projekt ein Handlungskonzept entwickelt werden, das als Modell auch für andere Quartiere genutzt werden kann.

Die erhobenen Bedarfe können für die einzelnen Ressorts wie folgt dargestellt werden:

Bildung:

- Verringerung von Sprachdefiziten
- Verringerung von Bildungsdefiziten

Bessere Begleitung im Übergang von Bildung in Ausbildung oder Beruf

Arbeit:

Bessere Begleitung im Übergang von Bildung in Ausbildung oder Beruf
Bessere Transparenz des Angebotsspektrums (Arbeit)
Bessere Vermittlung in Arbeit und Qualifizierungen

Integration / Soziales:

Verbesserung der Belegungspolitik
Bessere Verfügbarkeit von Übersetzern gerade in Behörden und Krankenhäusern
Vereinfachung der Behördensprache in Formularen der Ausländerbehörde
Hilfe und Vorbeugung bei Konflikten zwischen den Bewohnern
Refinanzierung des Quartiersmanagement

Für Kinder:

Handwerkliches Geschick, Durchhaltevermögen
Förderung der Leseaffinität
Hausaufgabenhilfe
Spielmöglichkeiten in den Ferien
Verbesserung der Leistung in der deutschen Sprache

Für Jugendliche:

Schulung von Frustrationstoleranz und Durchhaltevermögen, Training von Regeln um d. Abbrechen von Ausbildungen vorzubeugen, Erfahren von Wertschätzung und Respekt
Kulturelle Werte und Rollenmuster prüfen
Integratives Lernen in peer groups, gegenseitige Wertschätzung und Respekt
Hausaufgaben- und Nachhilfe als Einzelförderung mit persönlichem Kontakt
Beschäftigung für Kinder und Jugendliche für positiven Zeitvertreib

Für Frauen/ Mütter:

Coaching und Beratung, Schulabschluss nachholen, Ausbildung, Arbeit
Beratungsangebote zu: kindlicher Entwicklung, Spielen, Medien, Ernährung, Schlaf, Gesundheitsfragen, medizinische Versorgung, Finanzen, Schimmel (Lüftungsverhalten), Energiesparen Aufenthaltsrecht
Geselligkeit, Austausch, Information, Erziehungskompetenz
Erweiterung der Mobilität

Angebote für Männer / Väter:

Austausch, Geselligkeit, Information, Kontaktaufnahme
Arbeit für geringer Qualifizierte, Vorbilder für die Kinder

Maßnahmen zur Imageverbesserung und Konfliktprävention:

Imageverbessernde Maßnahmen, Erkennen der Stärken und Ressourcen,
Entwicklungsplan Grohn

Sicherheit:

Stärkung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheits-gefühls
Mehr Sauberkeit

Bauliche Bedarfe:

Beseitigung und Vorbeugung Schimmelbefall
Schaffung eines Zugangs zum Bewohnertreff vom Innenhof
unterschiedlicher Wasserdruck, wechselnde Temperatur beim Duschen
Brandschutzüberprüfung
fehlende Plätze zum Verweilen und z.B. Grillen, Innenhofgestaltung, fehlende
Spielgeräte etc.
Außenraumgestaltung verbessern
Schönere Gestaltung des Eingangsbereichs zur Düne

Während der Bedarfserhebung im Projekt „ProDüne“ wurde deutlich, dass die festgestellten Bedarfe zur Integration und Kriminalprävention teilweise umgesetzt werden.

Um im weiteren Verlauf keine Doppelstrukturen zu schaffen, haben die Staatsräte der Senatsressorts SSKJF, SBW, SJV sowie SIS im Mai 2014 beschlossen, das Projekt Pro Düne vorzeitig zu beenden. Die erhobenen Bedarfe werden nach Abschluss von „ProDüne“ in den entsprechenden Fachbereichen der Ressorts und Behörden weiterverfolgt und bearbeitet.

Im ersten Halbjahr 2014 kam es zum Verkauf der Grohner Düne an zwei Grundstücksgesellschaften, die von dem Unternehmen Grand City Property Ltd. vertreten werden. Dies führte erneut zur Behandlung des Themas in der Bremischen Bürgerschaft im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD „Die Zukunft der Grohner Düne gemeinsam gestalten“(Drs. 18/564 S). Dem Antrag wurde zugestimmt und der Senat aufgefordert die Entwicklung der Grohner Düne ressortübergreifend wahrzunehmen und voranzutreiben.

Der Senat hat daraufhin am 20.05.2014 die Einrichtung eines ressortübergreifenden „Steuerungskreises Grohner Düne“ der für Bau, Soziales, Bildung und Inneres zuständigen Staatsräte unter der Leitung des Bauressorts beschlossen. Der Steuerungskreis hat die Aufgabe, ressortübergreifend die Ziele, Strategien und Maßnahmen für den Umgang mit der Grohner Düne unter Berücksichtigung ihrer städtebaulichen Einbindung in den Stadtteil Vegesack in einem Konzept zu erarbeiten.

Diese Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Verbesserung der Lebenssituation in und um die Grohner Düne unter Berücksichtigung der sozial-, integrations- und innenpolitischen sowie städtebaulichen Problemfelder. Derzeit wird ein integriertes Entwicklungskonzept für die Grohner Düne erarbeitet, bei dem städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Maßnahmen untersucht und die in Pro Düne benannten Bedarfe und Maßnahmen zu den Themenfeldern Soziokultur, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und, Beschäftigung überprüft und verifiziert werden.

Der bereits im Projekt „ProDüne“ erkannte Bedarf nach einer Verbesserung der objektiven Sicherheit in der Düne wurde vom Senator für Inneres und Sport zum Anlass genommen,

Gespräche mit Grand City Property als aktuellem Eigentümer der Grohner Düne und der Polizei Bremen zu führen. Es wurden Standards zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in und um die Grohner Düne festgelegt, deren Einhaltung von dem Eigentümer zugesagt wurde. Durch die Polizei Bremen wird auf dieser Grundlage derzeit ein Sicherheitskonzept erstellt. Das Konzept soll im ersten Halbjahr 2015 durch die Polizei Bremen vorgelegt werden und im Weiteren mit dem Eigentümer abgestimmt werden.

Vorkaufsrechtssatzung gemäß § 25 BauGB

Zur Unterstützung der vom Senat in Betracht gezogenen städtebaulichen Maßnahmen, wurde ein Vorkaufsortsgesetz gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) ins Verfahren gebracht. Mit dieser Satzung wird die rechtliche Handhabe dafür geschaffen, bei beabsichtigten (Teil)Verkäufen der Wohnanlage Vorkaufsrechte seitens der Stadtgemeinde auszuüben, um die Möglichkeit zu haben, selbst oder mittels eines geeigneten Dritten (wie z.B. die Gewoba) einen stärkeren positiven Einfluss auf die Immobilie und die geplanten städtebaulichen Maßnahmen zu erlangen.

Aus formalrechtlichen Gründen kann sich diese Satzung nur auf den Baublock der sog. „Kleinen Grohner Düne“ mit ca. 150 von 570 Wohnungen erstrecken; auch nach intensiver Prüfung sind keine weiteren rechtlichen Möglichkeiten zur Einbeziehung des sonstigen Gebäudekomplexes in das Vorkaufsortsgesetz erkennbar. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die rechtlichen Möglichkeiten grundsätzlich verbessert werden.

Die Vorlage zum Vorkaufsortsgesetz ist mit Senatskanzlei und Senatorin für Finanzen abgestimmt, der Senator für Justiz und Verfassung hat das Ortsgesetz rechtsförmlich geprüft und keine Bedenken erhoben. Der Senat hat das Vorkaufsortsgesetz am 27.01.2015 beschlossen, die Bürgerschaft soll am 17.02.2015 befasst werden.

Aumunder Heerweg, Lindenstraße und Umgebung

Dank einer engen Zusammenarbeit von Institutionen und Behörden entstand im Jahre 2008 der Szenetreff am Aumunder Heerweg für Alkoholiker und Betäubungsmittelkonsumenten. Dieser Platz wird von einer Streetworkerin betreut, ebenso vom Polizeirevier Vegesack mit fest zugewiesenen uniformierten Kräften im Rahmen der Projektarbeit. Der Treff wird vom oben genannten Personenkreis (ehemals Sedanplatzszene) angenommen und auch in der Bevölkerung und in der unmittelbaren Nachbarschaft akzeptiert. Dieser Platz wird regelmäßig von Zivilkräften im Rahmen von Schwerpunktaktionen überwacht, es werden immer wieder Betäubungsmitteldelikte festgestellt, Platzverweise ausgesprochen und deren Einhaltung kontrolliert. Diese Maßnahmen werden fortgeführt.

In der Lindenstraße und den Nebenstraßen (Umfeld An der Lobbendorfer Mühle) wurden in der Vergangenheit Betäubungsmitteldelikte registriert. Der Block 1 in der Lobbendorfer Mühle wird derzeit von Menschen aus dem Drogen- und Alkoholikermilieu bewohnt. Hier gibt es gelegentlich Auseinandersetzungen untereinander. Eine Streetworkerin ist in der Lobbendorfer Mühle tätig.

Seitdem die Shisha-Lounge, die in den vergangenen Jahren wegen gewalttätiger Auseinandersetzungen das Bild der Lindenstraße negativ geprägt hat, nicht mehr existiert, gibt es in diesem Bereich keine Auffälligkeiten mehr.

Lüssumer Heide

Der Gesamtbereich Lüssumer Heide umfasst die Straßen Neuenkirchener Weg einschließlich der Nebenstraßen, den Lüssumer Ring einschließlich der Nebenstraßen sowie die Lüssumer Heide einschließlich des Spielhauses. Dabei handelt es sich um einen besonderen Kontrollort.

Der besondere Kontrollort liegt in einem WiN-Gebiet. Mit Hilfe einer Quartiersmanagerin wird eine verstärkte Vernetzung der sozialen und sozialpädagogischen Angebote für die Bewohnerinnen und Bewohner unterstützt. Die vielfältigen Maßnahmen und Projekte haben wesentlich zu einer Stabilisierung des Gebietes beigetragen.

Ein hoher Anteil der Bewohner hat einen Migrationshintergrund, Arbeitslosigkeit, geringe Bildungsintegration und zumindest gefühlte Perspektivlosigkeit bei vielen Jugendlichen förderte in der Vergangenheit eine Konzentration sozialer Probleme. Gewerbsmäßiger Drogenhandel unter Führung einiger Großfamilien führt auch aktuell zu Strafverfahren. Zudem ist dieser Bereich vermehrt Anlaufpunkt für potentielle Konsumenten und Dealer aus anderen Stadtteilen.

Männliche Jugendliche, aber auch Erwachsene, überwiegend mit Migrationshintergrund, reklamierten in der Vergangenheit mehrfach das beschriebene Gebiet als „ihr Territorium“ und traten entsprechend gewaltbereit auch gegenüber der Polizei auf. Die Polizeiinspektion Nord hat daraufhin wiederholt mit Sondermaßnahmen reagiert. Aktuell wirken diese Maßnahmen nach. Für eine Nachhaltigkeit erscheint aber eine Fortführung der Maßnahmen unabdingbar und hat Priorität in der Sicherheitsstrategie für das Jahr 2015. Diese Einschätzung wird zusätzlich durch neue Erkenntnisse des Fachkommissariats und des Zivilen Einsatzdienstes Nord (ZED) zum Drogenhandel in Lüssum gestützt. Durch wiederholte offene und verdeckte Präsenz soll der Kontrolldruck auf potentielle Straftäter erhöht, die „Szene“ verunsichert und die Absatz- bzw. Handelswege abgeschnitten werden.

George-Albrecht-Straße

In der Vergangenheit kam es im Bereich der George-Albrecht-Straße immer wieder aus teilweise nichtigem Anlass heraus zu Polizeieinsätzen mit einem großen Kräfteansatz. Das polizeiliche Einschreiten gestaltet sich wegen des starken Zusammenhalts der dort lebenden Großfamilien regelmäßig schwierig. Nicht selten führte die Situation auch dann zu einer Eskalation, wenn die Familien selbst nicht Betroffene waren. Ein Großteil der Bewohner der Wohnanlagen in der George-Albrecht-Straße sind Sinti und Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien. Zwischen den Großfamilien ist es in der Vergangenheit öfter zu Streitigkeiten gekommen, die ein polizeiliches Einschreiten erforderten.

In den Wintermonaten 2013/2014 wurde bekannt, dass eine Gruppe Jugendlicher aus der George-Albrecht-Straße und dem Umfeld für eine Vielzahl von Wohnungseinbruchdiebstählen und Raubtaten in Bremen Nord, vornehmlich Blumenthal, verantwortlich waren. Der Wohnungseinbruchdiebstahl und Raubdelikte bleiben wie im

Vorjahr Schwerpunkte der polizeilichen Arbeit in Bremen-Nord, insbesondere im Bereich Blumenthal.

Der Polizei in Bremen-Nord ist es gelungen, die in der Regel regional agierenden jugendlichen Tätergruppierungen zu identifizieren und durch operative Maßnahmen eng zu begleiten. Gepaart mit intensiven Ermittlungen durch das Polizeikommissariat Nord gelangen beweiskräftige Strafverfahren. Infolgedessen kam es zu einer Reduzierung der Anzahl der Fälle.

Zur Verbesserung der Gesamtsituation im Bereich der George-Albrecht-Straße und den umliegenden Straßenzügen wurde zur Durchführung einer zielgerichteten Maßnahmenplanung eine Erhebung zur konkreten Lebenssituation der Menschen vor Ort erforderlich. In Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“ vom 11.12.2012 wurden folgende Maßnahmen getroffen die der Senat im 1. Und 2. Bericht zur Quartiersentwicklung „Altes“ Zentrum Blumenthal ausführlich dargestellt hat. Im Wesentlichen handelt es sich um:

- Einführung eines Quartiersmanagers zur Vernetzung der sozialen und sozialpädagogischen Angebote für die Bewohnerinnen und Bewohner der George-Albrecht-Straße und der umliegenden Straßen im Ortsteil Blumenthal
- Der Quartierstreffpunkt in der Kapitän-Dallmann-Str. 18 konnte zum Mai 2014 angemietet werden. Geöffnet ist der Treffpunkt seit Juli, die offizielle Eröffnung erfolgte am 29.08.2014 durch die Sozialsenatorin und wird derzeit durch eine Quartiersmanagerin geführt.
- regelmäßige Sprechstunde des Kontaktpolizisten im Quartierstreffpunkt Das Revier Blumenthal bietet seit dem 12.11.2014 eine regelmäßige Sprechstunde in den Räumlichkeiten des Quartierstreffpunktes als 3-monatigen Probelauf an. Eine Fortführung der Maßnahmen wird nach Ende des Probelaufs geprüft. Die Sprechstunde wird zunächst immer mittwochs in der Zeit von 16.00 Uhr - 18.00 Uhr angeboten. Zwischen der Revierleitung und der Quartiersmanagerin, Frau Schulz, wurde vereinbart, dass die Sprechzeiten flexibel je nach Bedarf und Annahme in der Bevölkerung, verändert werden können.

Rekumer Straße 12

Seit Oktober 2014 wird im Stadtteil Farge/ Rekum eine Unterkunft mit einer intensivpädagogischen Betreuung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die im Vorfeld straffällig geworden sind, betrieben. Die Einrichtung soll langfristig Platz für 10 Jugendliche bieten und gewährleistet eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung der Minderjährigen durch Fachpersonal. Es handelt sich um keine geschlossene Einrichtung der Jugendhilfe. Mit Stand 11.02.2015 sind dort vier jugendliche Flüchtlinge untergebracht, die durch pädagogische Maßnahmen derzeit nicht erreicht werden können. Die Ausweitung der Belegung der Einrichtung soll nach Abschluss der baulichen Maßnahmen im Objekt sukzessive vorgenommen werden.

Zwischen dem Träger der Einrichtung und der Polizei Bremen fanden im Vorfeld der Belegung Gespräche zur Vorgehensweise bei Störungen sowie Abstimmungen hinsichtlich

unterschiedlicher Sicherheitsaspekte statt. Es findet darüber hinaus ein regelmäßiger Austausch zwischen der Revierleitung der Polizei Bremen und dem Träger statt. Eine ständige Erreichbarkeit ist gewährleistet.

Ressortübergreifendes Handlungskonzept für Bremen-Nord

Bereits im Oktober 2011 wurde der Arbeitskreis Bremen-Nord unter der Leitung des Bürgermeisters zur Verbesserung der Lebenssituation in Bremen-Nord gegründet. In dem Arbeitskreis kommen Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaftsverbände, der Handelskammer und der Arbeitnehmerkammer, Gewerkschaften und Wohnungsunternehmen sowie der kommunalen Politik zusammen. Dieser ressortübergreifende Arbeitskreis unter Beteiligung weiterer Nordbremer Akteure trifft sich in regelmäßigen Abständen.

In der ersten Sitzung wurden drei Themenschwerpunkte analysiert, die seither in Unterarbeitsgruppen behandelt werden und dem Arbeitskreis Bremen-Nord zuarbeiten. Als Schwerpunkte zur Verbesserung der Situation in Bremen-Nord wurde u.a. das folgende Themenfeld „Soziale Situation unter Berücksichtigung von Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe sowie innerer Sicherheit“ benannt.

Unter Federführung der Senatskanzlei wird inhaltlich unter diesem Themenfeld die Zusammenarbeit zwischen den sozialen Diensten, den Schulen und der Polizei optimiert. Des Weiteren werden die Chancen zur Veränderung der Problemlagen in den Ortsteilen beleuchtet um Negativentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu stoppen.

Darüber hinaus werden die bereits bestehenden Konzepte wie „Stopp der Jugendgewalt“, Konzept zur Schulvermeidung oder das Konzept zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchkriminalität in der dunklen Jahreszeit auch in Bremen-Nord angewendet und umgesetzt.

Die Akteure der Stadtteile in Bremen-Nord sind sehr gut vernetzt. Sie befassen sich intensiv mit den lokalen Problemfeldern. Durch die unterschiedlichen Akteure und Gremien werden die Themenschwerpunkte ganzheitlich bewertet und einer geeigneten Lösung zugeführt.

Ein zusätzliches Handlungskonzept ist nicht notwendig, da die bestehenden Gremien und Netzwerke gut arbeiten und akute Probleme in Bremen-Nord vollumfassend behandeln.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die verantwortlichen Akteure die Sicherheitslage in Bremen-Nord ständig im Blick haben und mit geeigneten Maßnahmen auf erkannte Probleme in einem ressort- beziehungsweise behördenübergreifenden Ansatz reagieren.

2. Videoüberwachung an kriminellen Brennpunkten

Die Installation einer Videoüberwachungsanlage auf dem Vegesacker Bahnhofplatz ist und war wiederholt Gegenstand politischer Forderungen.

Hintergrund ist eine diffuse Kriminalitätsfurcht. Nach Angaben einzelner Ortspolitiker bzw. -politikerinnen und Bürgerinnen bzw. Bürger soll diese bis hin zur Meidung dieses Raumes führen. Insbesondere herausragende Einzelfälle (Straftaten bzw. Störungen), wie die

gewalttätigen Aktionen in der WM-Finalnacht, erzeugen eine hohe gesellschaftliche, politische und mediale Fokussierung auf den Vegesacker Bahnhofplatz und schürten die Kriminalitätsfurcht.

Durch offene Präsenz und lageangepasste Durchführung von Kontroll- und Überprüfungsmaßnahmen insbesondere bei Veranstaltungen konnte das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger jedoch gestärkt werden. Bei festgestellten Verstößen gilt eine Null-Toleranz-Strategie. Negative Entwicklungen sowie delinquente Gruppen auf dem Bahnhofplatz können so frühzeitig erkannt werden.

Unter Berücksichtigung der rechtlichen Voraussetzungen für eine Videoüberwachung, sprechen rückläufige Fallzahlen im Bereich des Vegesacker Bahnhofplatzes gegen diese Maßnahme. Die Hintergründe für die positive Fallzahlenentwicklung wurden unter dem Punkt Regionale Lagefelder – Vegesacker Bahnhofplatz aufgezeigt.

Nach der beschriebenen objektiven Sicherheitslage stünde eine Überwachung des Vegesacker Bahnhofplatzes mit den zugehörigen operativen und technisch-organisatorischen Begleitmaßnahmen außer Verhältnis zur realen Kriminalitätsbelastung. Dieses wurde auch im unter der Leitung des Ortsamtes Vegesack eingerichteten Runden Tisch festgestellt. Zur Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit wurden daher Maßnahmenpakete entwickelt. Dazu gehört unter anderem das bereits erwähnte Beleuchtungskonzept.

3. Personelle Ausstattung der Polizei in Bremen-Nord

Zur Bewältigung der Einsatzlagen im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Nord unterhält die Polizei Bremen in Lesum und Blumenthal zwei Standorte des Einsatzdienstes Nord (S 90) mit vier Einsatzfahrzeugen und einem Führungsfahrzeug der Wach- und Einsatzleitung im 24-Stunden-Betrieb. Darüber hinaus beteiligen sich das Revier Vegesack (S 92) und der Zivile Einsatzdienst Nord (S 98) mit insgesamt 11 Zeitfenstern am Teilintegrationsprozess in einsatzstarken Zeiten am 110-Prozess.

Die Reviere Lesum, Vegesack und Blumenthal bilden den Revier-, Einsatz-, Bürgerservice- und Kontaktdienst gemeinsam ab. Darüber hinaus werden Angelegenheiten der Verkehrssicherheit durch die Verkehrssachbearbeiter bearbeitet.

Für regionale Schwerpunktmaßnahmen steht er sogenannte Nordzug (BP 232) zur Verfügung. Zum Aufgabenfeld dieser Einheit gehören die Unterstützung des 110-Prozesses, die Wahrnehmung von Schwerpunktmaßnahmen, die Unterstützung im Prozess der Teilintegration sowie die Bewältigung der Sonderlage. Dabei wird der Einsatzzug nicht nur in Bremen-Nord zur Aufgabenwahrnehmung eingesetzt. Die Steuerung der Einsatzkräfte erfolgt im Rahmen der Vorplanung durch die Direktion Schutzpolizei in Abstimmung mit der Direktion Bereitschaftspolizei. Die Stärke des Nordzugs schwank unterjährig infolge verschiedener wechselwirkender Prozesse zwischen ca. 30 und 40 Beamten.

Im Rahmen der Polizeireform wurde Bremen-Nord mit zwei Einsatzdienststandorten über Standard ausgestattet. Dadurch versehen im Einsatzdienst Nord ca. 10 Beamte mehr Dienst als bei einem vergleichbaren Einsatzdienststandort.

Vor dem Hintergrund der geographischen Lage von Bremen-Nord und den damit verbundenen langen Anfahrtszeiten für Unterstützungskräfte werden bei Lagen mit einen im

Vorfeld erkennbaren besonderen Eskalationspotential regelmäßig Unterstützungskräfte angefordert.

4. Einrichtung von Schwerpunktteams zur Bekämpfung von einzelnen Deliktfeldern in Bremen-Nord

Durch den Einsatz von temporären Sondergruppen oder dauerhaften Schwerpunktteams werden operative Maßnahmen, ermittlungsunterstützende Auswertung/Analyse und Ermittlungen für ein bestimmtes Phänomen in räumlich begrenzten Bereichen gebündelt, um den Kontroll- und Ermittlungsdruck zu verstärken, um das Entdeckungs- und Sanktionsrisiko von Tätern zu steigern. Mit dem Ziel der Festnahme von Tatverdächtigen, klären orts- und szenekundige Beamte/Beamtinnen zielgerichtet Täterverhalten, Täterstrukturen, Motive sowie Ursachen der Kriminalitätsentwicklung auf, erhöhen den Kontrolldruck auf tatgeneigte Personen/-gruppen und generieren Ermittlungsansätze.

Sondergruppen und Schwerpunktteams setzen sich grundsätzlich aus Kräften des regional zuständigen Zivilen Einsatzdienstes und inspektionsinternen Unterstützungskräften in einer Stärke von mindestens 1 : 3 zusammen. Die Direktion Schutzpolizei erachtet die Einrichtung von dauerhaften Schwerpunktteams als Teil der Alltagsorganisation und deren Anbindung an die Zivilen Einsatzdienste der vier regionalen Inspektionen als sinnvoll.

Insbesondere die hohe Wohnungseinbruchdiebstahlbelastung kennzeichnete die Kriminalitätslage in Stadtteilen von Bremen-Nord in den zurückliegenden Jahren wiederkehrend. Die Polizei war auch in Bremen-Nord erfolgreich, wenn es gelang, die in der Regel regional agierenden jugendlichen Tätergruppierungen aufzuklären und durch operative Maßnahmen eng zu begleiten. Gepaart mit intensiven Ermittlungen von Seiten des Polizeikommissariats Nord gelangen beweiskräftige Strafverfahren und eine Reduzierung der Anzahl der Fälle.

Für die aktuelle „dunklen Jahreszeit“ hat die Polizei Bremen ein temporäres Schwerpunktteam in Bremen-Nord eingerichtet. Auch zukünftig wird die Polizei Bremen im gesamten Stadtgebiet lageangepasst auf dieses Instrument zurückgreifen.

5. Schnelle und konsequente Verfolgung und Ahndung von Straftaten

Die Polizeikommissariate der Schutzpolizei arbeiten bei der regionalen Kriminalitätsbekämpfung Hand in Hand mit den Polizeiinspektionen und sind dabei eng an den deklarierten Schwerpunkten der Polizei Bremen ausgerichtet.

In Schwerpunktthemen, wie z.B. Wohnungseinbruch oder bei Straftaten von Angehörigen ethnischer Clans erfolgt eine priorisierte Sachbearbeitung. Darüber hinaus werden auch bei herausragenden Ereignissen oder Sachverhalten Schwerpunkte gesetzt, mit dem Ziel einer schnellen und effektiven Strafverfolgung. So wurde z.B. nach den genannten Geschehnissen in der WM-Nacht 2014 rund um den Vegesacker Bahnhofplatz unverzüglich eine Ermittlungsgruppe eingerichtet, die mit hohem Aufwand innerhalb kurzer Zeit eine Vielzahl von Tatverdächtigen ermitteln konnte.

Eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft ist in den genannten Bereichen obligatorisch und gelebte Praxis.

Neben der Schnelligkeit der Strafverfolgung spielt darüber hinaus die Qualität der Maßnahmen und Konzepte in der Ausrichtung der Polizei Bremen eine übergeordnete Rolle, um am Ende auch eine Nachhaltigkeit zu erzielen. Ermittlungen werden grundsätzlich schnellstmöglich und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten im Rahmen der Strafprozessordnung und weiterer Gesetze durchgeführt. Insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität (s. auch Beschlüsse des Senats zur Bekämpfung der Jugendkriminalität „Stopp der Jugendkriminalität“) erfolgen die Bearbeitung und die Abgabe der Ermittlungsergebnisse innerhalb festgelegter Fristen. Die genauen Prozesse und Abläufe werden innerhalb der Konzepte (Ersttäter, Schwellentäter und Intensivtäterkonzept) festgelegt.

Die Polizei und die Justiz arbeiten in enger Abstimmung an einer schnellstmöglichen Verfolgung und Ahndung von Straftaten.

II. Antrag und Beschlussempfehlung der städtischen Deputation für Inneres und Sport

Die städtische Deputation für Inneres und Sport empfiehlt, den Antrag der Fraktion der CDU "Sicherheit in Bremen-Nord verbessern" abzulehnen.